

Herausgegeben von der Europa-Union Deutschland e.V.

Geburtsstunde einer europäischen Öffentlichkeit

Inhalt

Von Christian Moos

(Generalsekretär der Europa-Union Deutschland)

Editorial	1
Geburtsstunde einer europäischen Öffentlichkeit	2 - 11
Anmerkungen & Bibliographie	12 - 13
Der Autor	14
Impressum	15

Jede Krise impliziert einen profunden Wandel. Jede Krise birgt per definitionem nicht nur Risiken, sondern auch Chancen in sich. Die Gefahren, die von der Weltfinanz- und Euro-Schuldenkrise ausgehen, sind vielfach erörtert worden. Sie reichen von steigender Inflation bis zum Zerfall der Eurozone oder gar zum Ende der Europäischen Union. Diese ist zweifelsohne nach drei Erweiterungsrounden institutionell schwerfälliger und sozioökonomisch heterogener geworden, und sie schien mit dem

äußerst mühsam erreichten Vertrag von Lissabon zumindest an eine mittelfristige Integrationsgrenze gestoßen zu sein. Inzwischen hat die Krise aber das Potenzial, in der EU oder zumindest ihrem Kern, der Eurozone, eine neue, ungeahnte Integrationstiefe zu bewirken. Die Krise schafft die Voraussetzung für eine verstärkte wechselseitige Öffnung nationaler Diskursräume. Sie kann zum Katalysator für die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit werden. ♦

Räume und Grenzen

Die europäische Öffentlichkeit zeichnet sich durch gemeinsame, die Grenzen des Nationalstaats überschreitende Diskursräume aus. Vor der Weltfinanz- und Euro-Schuldenkrise war die Durchlässigkeit der nationalen Diskursräume noch relativ gering, so dass zahlreiche Europarechtler, Politikwissenschaftler und Soziologen zu dem Ergebnis gelangen konnten, eine europäische Öffentlichkeit gebe es nicht, und viele behaupteten auch, es könne eine solche nicht geben. Die Barrieren der durch die Sprachgrenzen und nationalen Identitäten fortifizierten nationalen Diskursräume seien auf weite Sicht unüberwindbar.¹

Tatsächlich bleibt die wohl größte Hürde auf dem Weg zu europäischen Medien die Sprachbarriere. Insbesondere die Sprachenvielfalt in Europa und die nach wie vor häufig rudimentären Englischkenntnisse der Durchschnittsbürger sowie deren Rezeptionsgewohnheiten von medialen Inhalten in der Muttersprache lassen Skepsis gegenüber paneuropäischen Medien freilich begründet erscheinen. Allerdings stellt sich die Frage, ob es zur Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit nicht ausreicht, wenn die nationalen Öffentlichkeiten europäisiert werden, d.h. wenn sie sich füreinander öffnen.²

Das Vor-Krisen-Plateau

So hat eine Forschergruppe für die Jahre 1982, 1989, 1996 und 2003 Qualitätszeitungen aus fünf EU- beziehungsweise EG-Staaten auf ihren Europäisierungsgrad untersucht. Ziel der

Studie war der Vergleich dieser Tageszeitungen aus Deutschland (Frankfurter Allgemeine Zeitung), Frankreich (Le Monde), Großbritannien (The Times), Dänemark (Politiken) und Ös-



terreich (Die Presse) in Bezug auf die etwaige Parallelität und damit Transnationalität öffentlicher Debatten. Tatsächlich europaweit geführte Debatten seien sehr begrenzt, lautete das Ergebnis dieser Arbeit.⁵ Parallel geführte nationale Debatten ließen zwar auf einen europäischen Interaktionsraum schließen, in dem fallweise gleichzeitige Betroffenheit herrschen könne. Einen europäischen öffentlichen Raum beziehungsweise eine „kollektive europäische Identität“ bildeten diese transnational feststellbaren Debatten jedoch noch nicht. In Übereinstimmung mit diesem ernüchternden Ergebnis schloss Fritz Scharpf in einem 2005 erschienenen Beitrag zwar die Möglichkeit „paralleler nationaler Diskurse“ nicht aus. „Aber die (...) Hoffnung, dass daraus eine kollektive europäische Identität erwachsen werde, eilt

der historischen Entwicklung doch weit voraus.“⁴

Auch Katharina Kleinen-von Königslöw stellte in einer 2010 veröffentlichten Arbeit, die Ergebnisse empirischer Forschungsarbeiten der 2000er Jahre zusammenfassend, nüchtern fest, die europäische Öffentlichkeit bleibe mehrfach segmentiert. „Es zeigt sich, dass Europäisierung kein Prozess ins Unendliche ist, ein Plateau scheint erreicht zu sein.“⁵

Von abgeschotteten nationalen Diskursräumen und einem Filter nationaler Prägungen sprach Werner Weidenfeld in einem 2007 publizierten Beitrag. Erst die ‚Verkoppelung‘ dieser nationalen Diskursräume könne zu einer allmählichen „Bewusstseinsöffnung“ der Europäer füreinander beitragen.⁶

Europäisierung durch Verkoppelung

Ebendiese Verkoppelung findet mittlerweile statt. Sie begünstigt die Europäisierung nationaler Diskursräume. Die finanzwirtschaftlichen Verwerfungen, die sich, nachdem sie von den USA auf Europa übergesprungen waren, rasch zu einer die ganze Welt beschäftigenden, spezifisch europäischen Krise entwickelt haben, wirken katalysierend nicht nur auf die europäische Integration von oben, also die von den Staats- und Regierungschefs vereinbarten und von den Parlamenten ratifizierten Kompetenztransfers. Sie verhelfen auch der europäischen Integration von unten zum Durchbruch, die sich in sich füreinander öffnenden, einander zunehmend durchdringenden nationalen Diskursräumen vollzieht. Dass zeitgleich zentrifugale Kräfte wirken, die die Europäische Union gefährden, ist dabei kein Widerspruch, sondern integraler Bestandteil einer enorm beschleunigten und grundsätzlich ergebnisoffenen Entwicklung.

Die Voraussetzungen für eine europäische Öffentlichkeit sind längst da. Die nationalen Diskursräume sind nicht mehr voneinander abgeschottet. So war bereits vor der großen europäischen Krise ein steter Öffnungsprozess zu beobachten. Peter Häberle, der, Martin Walser zitierend, Öffentlichkeit als „Quellgrund der Demokratie“ begreift, hat auf das integrationsbedingte Entstehen und bisweilen die Existenz *vieler* europäischer Öffentlichkeiten aufmerksam gemacht, die sich weniger entlang nationaler Grenzen brechen, sondern vielmehr kontextspezifisch Wirksamkeit entfalten. Hierzu rechnet er etwa die europäische Kulturgemeinschaft, europäische Öffentlichkeiten in von ihm so benannten Bereichsfeldern wie Religion, Wissenschaft und Kunst oder Sport, aber beispielsweise auch die europäische Rechtsgemeinschaft und den Lebensbereich Wirtschaft. „Der kulturelle Sozialisierungsprozess des ‚homo europaeus‘ gelingt nur in den erwähnten vielen Öffentlichkeiten.“⁷



Jürgen Habermas erachtete bereits Anfang der 1990er Jahre die Herausbildung von Kommunikationszusammenhängen in europaweiten Öffentlichkeiten für möglich und sah hierin insbesondere für das Europäische Parlament einen „günstigen Kontext“. Damit vertrat er zweifelsohne eine für die damalige Zeit optimistische Sicht. Inzwischen ist er nicht mehr allein. Daniel Féher stellte zwar noch 15 Jahre später fest, es herrsche weitgehende Einigkeit, dass eine „europäische öffentliche Sphäre“ vorerst nicht existent sei. „Uneinigkeit kommt hingegen bei der Frage auf, ob es möglich ist, die Entstehung dieses Raumes zu beschleunigen;

und wenn ja, durch welche Akteure und mit welchen Mitteln?“ Féher, der sein Urteil vor allem auf die Auswertung von Eurobarometer-Befragungen stützt und unter dem Eindruck des so genannten ‚Plans D‘ der EU-Kommission und der diesen begleitenden Initiativen des Europäischen Parlaments zur europäischen Kommunikationspolitik stand, den er, die Stärkung der „europäischen Zivilgesellschaft“ hervorhebend, als „Einleitung eines Demokratisierungsprozesses“ wertete, ging es also nicht um das Ob einer europäischen öffentlichen Sphäre, sondern lediglich um die Frage der zeitlichen Perspektive ihrer Entstehung.⁸

Die Krise als Katalysator

Die Krise beschleunigt und intensiviert nun die Öffnung gemeinsamer Diskursräume, die deutlich über die wirtschafts- und währungspolitische Dimension der Krise in einem engeren, technischen Sinne hinausweisen. So tritt unter anderem der europäische Sozialraum ins Bewusstsein.

Sozialreformen werden europaweit in Angriff genommen. Die EU-Bürger zumindest der Eurozone, in der mutatis mutandis – trotz der auch hier nach wie vor nicht unerheblichen sozioökonomischen Gefälle – vergleichbare Lebensverhältnisse herrschen, vergleichen ihre Einkommens-

verhältnisse, ihre Sozialschutzsysteme miteinander. Niemand in Berlin, Paris oder Den Haag würde die relative Schwäche der bulgarischen oder der rumänischen Wirtschaft für ein überraschendes Problem halten. Die tatsächliche – für die Eurozone untypische – Schwäche der griechischen Wirtschaft hingegen hat überrascht und wird als Anomalie begriffen. Ist das Renteneintrittsalter in Frankreich deutlich niedriger als in Deutschland, wird dies in Deutschland zunehmend als ungerecht empfunden, während die deutschen Arbeitsmarkt- und Sozialreformen der Jahrtausendwende in Frankreich entweder bewundert oder abgelehnt, in jedem Fall aber genau registriert werden.

M. Rainer Lepsius sah bereits vor der Weltfinanzkrise und den von ihr ausgehenden sozialen Verwerfungen Anzeichen für einen allmählichen Übergang von „stiller Regulierungspolitik“ zu „lauter Umverteilungspolitik“: „Dies wird zu einer erhöhten Legitimitäts- und Solidaritätsgabe für die europäische Politik zwingen. Damit wird sich auch das Bedürfnis für eine stärkere europäische Identifikation einstellen. Solche Prozesse bewirken mehr für die Ausbildung einer europäischen Identifikation als Bemühungen um eine symbolische Identitätspflege, etwa durch die Wahl eines europäischen Präsidenten oder durch Volksabstimmungen über die neue europäische Verfassung.“⁹

Europäischer Bezugsraum und europäische Medien

Die wirtschafts- und sozialpolitischen Politikentwürfe der Parteien auf nationalstaatlicher Ebene sind längst nicht mehr selbstreferentiell. Ohne die europäische Metaebene kommen sie nicht mehr aus. Diese Beobachtungen sind alles andere als banal.

Denn der zwischen Individuen und Gruppen innerhalb eines sozialen Bezugsraums erfolgende soziale Vergleich macht in Europa nicht mehr an den Grenzen halt. Offenbar bewegen sich die europäischen Bürgerinnen und Bürger, zumindest die Bewohner der



Eurozone, mittlerweile in einem gemeinsamen Bezugsraum. Von entscheidender Bedeutung ist nun die Frage, wie Kommunikation innerhalb dieses europäischen Bezugsraums erfolgt.

Ein Mindestmaß an Kommunikation, an wechselseitiger Information kann als gegeben angenommen werden, da es sonst keinen stabilen gemeinsamen Bezugsraum geben könnte. Diese Kommunikation läuft allerdings nach wie vor überwiegend über nationale Kanäle, weshalb die europäische Öffentlichkeit zwar *im Werden* ist, aber eben noch nicht *ist*, noch fragmentiert oder, um mit Kleinen-von-Königslow zu sprechen, segmentiert bleibt. Woran es der europäischen Öffentlichkeit, die sich schemenhaft in immer mehr, immer spezifischeren und zunehmend wirkmächtigeren Diskursräumen vor allem in der Eurozone andeutet, nach wie vor fehlt, sind ihre Entwicklung weiter befördernde, ihre Manifestationen amplifizierende und sie selbst dauerhaft institutionalisierende europäische Medien.

Bis auf wenige Ausnahmen wie etwa die Internetplattform

EurActiv, die sich aber in der Hauptsache an Experten wendet, und Internetangebote wie die von der Bundeszentrale für politische Bildung in Deutschland 2005 aufgelegte „Europäische Presseschau“, das 2007 gestartete Online-Magazin „The European Circle“ oder das seit 2009 veröffentlichte, von der EU-Kommission kofinanzierte „Presseurop“ sind Nachrichtenmedien in den Mitgliedstaaten der EU, gleich ob es sich um Print- oder Onlineangebote handelt, noch immer national orientiert.¹⁰ Das gilt auch, wenn sie europäische Nachrichteninhalte befördern. Sie informieren ein in den Grenzen des Nationalstaats oder zumindest der Sprachgemeinschaft gefangenes Publikum. Nach wie vor gilt: „Im journalistischen Arbeitsalltag geht es darum, Anknüpfungspunkte für die Erfahrungs- und Sinnhorizonte der nationalen Leserschaft herzustellen und so das auswärtige Geschehen im nationalen Kontext zu verorten.“¹¹ Michael Brüggemann bezeichnet eine effektive europäische Medienarbeit als das ‚Missing Link‘ zwischen der Brüsseler Informationspolitik und der Öffentlichkeit.¹²

Zweifelsohne ist dieses Missing Link neben ihrer institutionellen Verfasstheit eine wichtige

Ursache für das fortbestehende Demokratiedefizit der Europäischen Union.

Perspektiven der Europäisierung

Die Krise und die zu ihrer Überwindung diskutierten Lösungen – Fiskalunion, Wirtschaftsregierung – eröffnen nun konkrete Perspektiven für eine solche Europäisierung. Existierten vor der Krise lediglich vereinzelt kurzlebige europäische Diskursräume, die abhängig waren von konjunkturell aufscheinenden, übernational interessierenden Themen, so verstetigt die Krise eine Öffnung in den nationalen Räumen geführter Diskurse füreinander. Der gemeinsame Diskurs kann auf der Basis einer zunehmenden europäischen Identitätsbildung dauerhaft werden und das Werden einer europäischen Öffentlichkeit ermöglichen. Letztere kann sich über nationale Medien entwickeln. Diese müssten sich nur supranational ausdehnen, füreinander öffnen, so Jürgen Habermas im Frühsommer 2011 in einem essayistischen Aufruf zu mehr demokratischer

Beteiligung der EU-Bürger über die nationalstaatlichen Grenzen hinweg.¹⁵ Diese „Räume verdichteter politischer Kommunikation“ müssten sich, anders gewandt, zur Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit gleichsam in beide Richtungen osmotisch zueinander verhalten, ihre ‚sozialräumlichen Grenzen‘ eine permeable Membran aufweisen.¹⁴ Die Dauerhaftigkeit dieses Prozesses wird gewiss bedingt durch die Frage, inwieweit die Krisenfolgen auch im Wege einer weiteren institutionellen Vertiefung der europäischen Integration bewältigt werden. Denn entstünde ein politischer Raum in Europa, etwa in Form einer politischen Union, so würde dies zweifelsohne enorm begünstigend für die Herausbildung europäischer Diskursräume wirken.

Selbst Integrationskrisen wie die des gescheiterten euro-



päischen Verfassungsvertrags könnten zu einer solchen Entwicklung beitragen. Der österreichische Soziologe Georg Vobruba begrüßte die Referenden in Frankreich und den Niederlanden zum Verfassungsvertrag als Schritte zur „Realisierung einer europäischen Gesellschaft“, die

er – wiewohl einen weiterreichenden Begriff verwendend – als Synonym zu einer europäischen Öffentlichkeit versteht: „Denn indem die Bürger zunehmend mit ins Spiel kommen, erwächst das Projekt Europa dem Modus der Spezialistenpolitik.“¹⁵

A vanguard einer europäischen Bürgergesellschaft

Damit ist ein wichtiges Stichwort gegeben. Denn eine besondere Form europäischer Öffentlichkeit existiert schon seit vielen Jahren. Sie ist im Grunde so alt wie die europäische Integration selbst. Hierbei handelt es sich um den im Verhältnis zur Zahl der Unionsbürger kleinen Kreis der mittelbar oder unmittelbar mit europäischer Politik befassten Experten, sei es der EU-Beamten in den Europäischen Institutionen, sei es nationaler Beamter in Rat, Komitologieausschüssen, der mit der Umsetzung und Durchführung europäischen Rechts befassten Ministerien, sei es professioneller Interessenvertreter in nichtstaatlichen, zivilgesell-

schaftlichen Organisationen. Demokratietheoretisch problematisch ist, dass in diesem System insbesondere organisierte Interessen privilegierte Zugänge finden, „(...) dass in der europäischen Komitologie relativ unberührt von Parteipolitik regiert werden kann, was allerdings einem in sachliche Argumente verpackten Lobbyismus Tür und Tor öffnet“.¹⁶

Diese europäische Öffentlichkeit konstituiert sich in der Tat aus einer Elite. Es ist nicht eine prinzipiell allen EU-Bürgerinnen und Bürgern offenstehende europäische Öffentlichkeit, sondern ein die Grenzen des Nationalstaats wenn auch nicht

aufhebender, so doch durchdringender Expertenraum, der andere als nationale, für die Mehrheit der Unionsbürger aber durchaus effektive Grenzen hochzieht, die den Unterschied zwischen Beteiligten und Unbeteiligten oder Informierten und Uninformierten kennzeichnen. Was insbesondere in Brüssel als Zivilgesellschaft in Erscheinung tritt, charakterisiert sich durch einen starken Kor-

poratismus. Immerhin: Positiv gewandt kann es sich hierbei um die Avantgarde für eine im Aufbau befindliche europäische Bürgergesellschaft handeln. Zudem gilt, auch die Entstehung nationaler Diskursräume, Narrative und Identitäten wurde vielfach von „Eliten“ vorangetrieben. Sie dürfen sich aber nicht langfristig auf diese beschränken, wenn sie von Dauer sein sollen.

Parlamentarisierung

Schließlich stellt sich die Frage nach der Verantwortlichkeit des Europäischen Parlaments für das Werden einer europäischen Öffentlichkeit. Denn das Europäische Parlament ist die politische Institution Europas, die die EU-Bürgerinnen und Bürger repräsentiert. Es sollte als einzig direkt demokratisch legitimes Organ der EU der Ort sein, an dem die „in der europäischen Öffentlichkeit“ oder, je nach Befund und Betrachtungsweise, in den europäischen Teilöffentlichkeiten „gebildeten Interessen-

und Machtpotenziale“ Eingang finden und dort auch genutzt werden, um die Kommission zu kontrollieren und sich in der Rechtsetzung gegenüber dem Ministerrat zu behaupten.¹⁷ Nur hier und im Verbund mit den nationalen Parlamenten kann auch das „europäische Demokratiedefizit“ endgültig überwunden werden. Auch die Europäische Bürgerinitiative wird dabei eine wichtige Rolle spielen können, sofern die EU-Kommission in ihr mehr sieht als nur ein legitimierendes Feigenblatt.



In statu nascendi

Alles in allem: Die europäische Öffentlichkeit ist nichts Gegebenes. Aber sie ist in statu nascendi. Sie ist eine Grundvoraussetzung für einen föderal verfassten europäischen Bundesstaat. Also muss ihr die besondere Aufmerksamkeit der europäischen Föderalisten gelten.

Die europäische Öffentlichkeit stellt ein für die Vereinten Staaten von Europa wesentliches, gleichsam konstitutives Element dar. Für die Europa-Union Deutschland kommt es in dieser geschichtlichen Stunde darauf an, ihr Gewicht in die Waagschale zu

werfen. Es muss ihre vornehmste Aufgabe sein, die zentripetalen Kräfte in föderalem Geiste zu stärken, um auf diese Weise mit *Mehr Europa* Auswege aus der Krise zu finden. Alles, was dabei dazu beiträgt, Diskursräume grenzübergreifend zu erschließen, ist ein Beitrag zu einem europäischen Bürgerbewusstsein, einer europäischen Identität, die komplementär an die Seite der nationalen, regionalen, lokalen und vielfältigen kulturellen Identitäten der europäischen Bürgerinnen und Bürger tritt. Die Krise kann zur Geburtsstunde einer europäischen Öffentlichkeit werden. ■

A nmerkungen & Bibliographie

¹ Vgl. für die eine europäische Öffentlichkeit verneinende Position beispielhaft Dieter Grimm: Braucht Europa eine Verfassung?, Vortrag gehalten in der Carl Friedrich von Siemens Stiftung am 19. Januar 1994, München 1995, S. 36ff., besonders S. 41, siehe für eine optimistischere Sicht etwa Cathleen Kantner: Kein modernes Babel. Kommunikative Voraussetzungen europäischer Öffentlichkeit, Wiesbaden 2004, hier besonders S. 187ff.

² Vgl. hierzu etwa Jürgen Gerhards: „Westeuropäische Integration und die Schwierigkeiten der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit“, in: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 22, Heft 2, April 1993, S. 96-110.

³ „As we have seen, genuine Europeanization of public discourse seems to be very limited so far, and national public spheres remain by far the most important for a public debate.“ Bernhard Peters et al.: National and transnational public spheres: the Case of the EU, in: Stephan Leibfried/Michael Zürn (Hrsg.): Transformations of the State?, Cambridge 2005, S. 139-160, hier S. 153.

⁴ Vgl. Fritz Scharpf: Legitimationskonzepte jenseits des Nationalstaats, in: Gunnar F. Schuppert/Ingolf Pernice/Ulrich Haltern (Hrsg.): Europawissenschaft, Baden-Baden 2005, S. 705-741, hier S. 725.

⁵ Katharina Kleinen-von Königslöw: Die Mehrfachsegmentierung der europäischen Öffentlichkeit, TranState Working Papers, 138, Bremen: Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“, 2010, S. 25f.

⁶ Werner Weidenfeld: Reden über Europa – die Neubegründung des europäischen Integrationsprojekts, in: Nida-Rümelin, Julian/ Weidenfeld, Werner (Hrsg.): Europäische Identität: Voraussetzungen und Strategien, Baden-Baden 2007, S. 11-28, hier S. 14.

⁷ Peter Häberle: Europäische Verfassungslehre, Baden-Baden 6., aktual. u. erw. Aufl. 2009, S. 180ff.

⁸ Daniel Féher: Die Vision vom ‚europäischen öffentlichen Raum‘, in: Fischer, Robert/Karrass, Anne/Kröger, Sandra (Hrsg.): Die Europäische Kommission und die Zukunft der EU. Ideenfabrik zwischen europäischem



Auftrag und nationalen Interessen, Opladen & Farmington Hills 2007, S. 203-228, hier S. 204.

⁹ M. Rainer Lepsius: „Prozesse der europäischen Identitätsstiftung“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, 38/2004, S. 3-5, hier S. 5.

¹⁰ Vgl. *tageszeitung (taz)*: „Zerfällt Europa? Teil IV. Geld, Geduld und kluge Worte“, 12. August 2011.

¹¹ Swantje Lingenberg/ Johanna Möller/ Andreas Hepp: „Doing Nation“. *Journalistische Praktiken der Nationalisierung Europas*, TranState Working Paper, 140, Bremen: Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“ 2010, S. 1.

¹² Vgl. Michael Brüggemann: *Der Mythos vom Dialog mit den Bürgern: Der Beitrag der Europäischen Kommission zur Schaffung einer europäischen Öffentlichkeit*, TranState Working Papers, Nr. 84, Bremen: Sfb 597 „Staatlichkeit im Wandel“, 2009, S. 21.

¹³ Jürgen Habermas: „Das Europa der Staatsbürger“, in: *Handelsblatt*, 17./18. Juni 2011, Nr. 116, S. 12/13.

¹⁴ Andreas Hepp/ Hartmut Wessler: „Politische Diskurskulturen: Überlegungen zur empirischen Erklärung segmentierter europäischer Öffentlichkeit“, in: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 57(2), 2009, S. 174–197, hier S. 184.

¹⁵ Georg Vobruba: „Die Dynamik Europas und der zwanglose Zwang der Türkei-Integration“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 7/2005, S. 811-818, hier S. 811; vgl. auch ders.: *Die Dynamik Europas*, Wiesbaden 2005, S. 8f.

¹⁶ Richard Münch: *Die Rationalität des Regierens im europäischen Mehrebenensystem*, in: Monika Eigmüller/ Steffen Mau (Hrsg.): *Gesellschaftstheorie und Europapolitik. Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Europaforschung*, Wiesbaden 2010, S. 33-48, hier S. 42.

¹⁷ Vgl. Günter Dux: *Demokratiethorie und Europäische Integration. Zur Dekonstruktion des Demos*, in: Monika Eigmüller/ Steffen Mau (Hrsg.): *Gesellschaftstheorie und Europapolitik. Sozialwissenschaftliche Ansätze zur Europaforschung*, Wiesbaden 2010, S. 49-79, hier S. 75.

Der Autor

Christian Moos



Quelle: privat

Christian Moos wurde 1971 in Wuppertal geboren. Er studierte Geschichte und Sprachen in Besançon und Bonn. Von 1995 bis 2001 war er Abgeordnetenmitarbeiter im Deutschen Bundestag. Seit 2001 ist er beim dbb beamtenbund und tarifunion tätig. 2002/2003 arbeitete er für den dbb in Brüssel, und seit 2004 ist Christian Moos persönlicher Referent des dbb Bundesvorsitzenden und Leiter der Stabsstelle Europa. Von 2009 bis 2011 war er Mitglied des Vorstands und Pressebeauftragter von Europa-Professionell – Hauptstadtgruppe der Europa-Union Deutschland. Seit 2011 ist Christian Moos ehrenamtlicher Generalsekretär der EUD.



europa-union deutschland

Mitwirken am Europa der Bürger



Die Europa-Union tritt seit 65 Jahren für eine weitreichende europäische Integration ein – überparteilich und unabhängig. Sie ist lokal, regional und national aktiv und vereint 18.000 Mitglieder aus allen Teilen der Gesellschaft.

Als Mittlerin zwischen Bürgerinnen und Bürgern und den Institutionen auf allen Ebenen der europäischen Politik engagiert sie sich für ein „Europa der Bürger“, das von einem möglichst breiten gesellschaftlichen Konsens getragen wird.

mpressum

EUD-konkret: Mai 2012
ISSN 2194-119X

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e. V.
Sophienstraße 28/29, 10178 Berlin
Tel.: (0 30) 3 03 62 01 30, Fax: (0 30) 3 03 62 01 39
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

In EUD-konkret werden aktuelle europapolitische Themen von Verbandsmitgliedern behandelt. Für den Inhalt sind die genannten Autoren verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Layout:

Pegasos-Publikationen,
Hauptstr. 36, 53567 Buchholz/Ww.
E-Mail: info@pegasos-publikationen.de

© 2012 by Europa-Union Deutschland e. V.
Printed in Germany

